Countermotions

thyssenkrupp AG
Annual General Meeting 2017

thyssenkrupp

Latest update: January 16, 2017

Below you will find all the disclosable shareholder motions relating to the agenda items of the Annual General Meeting of thyssenkrupp AG on January 27, 2017, together with the response by head office to the countermotions. The motions and reasoning behind them have been posted without change on the internet where they are required to be disclosed.

If you want to support announced motions of shareholders (countermotions and election proposals of shareholders pursuant to § 126 (1) and § 127 Stock Corporation Act (AktG)) please vote "no" on the agenda items to which the motions relate in accordance with the proposal of the proposing shareholders.

Mr. Michael Ebeling, Hannover, Germany,
has submitted the following countermotions

with regard to agenda item 3, Resolution on the ratification of the acts of the members of the Executive Board
and with regard to agenda item 4, Resolution on the ratification of the acts of the members of the Supervisory Board

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands bzw. zum Tagesordnungspunkt 4: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Den Mitgliedern des Vorstands sowie den Mitgliedern des Aufsichtsrats wird die Entlastung verweigert.

Begründungen:

I.)
Vorstand und Aufsichtsrat betreiben bzw. dulden innerhalb der AG eine Kriegswaffen- und Rüstungssparte, über deren Umfang und Bedeutung die Aktionäre konsequent unzureichend aufgeklärt werden.

Erläutert am Beispiel U-Boot-Bau und -Export an Israel mitsamt der Mutmassung, dass diese nach der Übergabe eine nukleare Aufrüstung erfahren (haben):

Immer wieder berichten Medien darüber, dass einige oder alle der bislang fünf von ThyssenKrupp Marine Systems produzierten und an Israel ausgelieferten hochmodernen U-Boote, nachträglich mit Nuklearwaffen, also mit Atombomben ausgerüstet worden sind. Vorstand und Aufsichtsrat behaupten, davon keine Kenntnis zu haben. Innerhalb der Hauptversammlungen wurde mir sowohl 2012 als auch 2014 gegenüber behauptet, dass eine atomare Bestückung der für Israel gefertigten und gelieferten U-Boote aufgrund der dann notwendigen Umbaumaßnahmen nicht denkbar sei. Diese Behauptung erscheint unter Berücksichtigung aller Fakten als zweifelhaft.

Solange der Vorstand den Aktionären und Aktionärinnen gegenüber nicht klipp und klar konstatiert, dass diese U-Boote nicht für den Einsatz von Atombomben oder anderen nuklearen Raketen, Marschflugkörpern oder Waffen geeignet sind oder dass es entsprechende Ausschlussvereinbarungen mit Israel gibt und solange der Aufsichtsrat den Vorstand nicht zu einer solchen Stellungnahme drängt, sind diesen beiden (Vorstand und Aufsichtsrat) keine Entlastungen zu erteilen.

Dass es im Rahmen der angeblich frisch bestellten (oder kurz vor der Bestellung stehenden) drei zusätzlichen U-Boote für Israel zu massiven Korruptionsvorwürfen gegenüber der AG kommt, ist dabei lediglich ein nur weiteres Problem, das dieses Waffengeschäft für die AG mit sich bringt.

Belege:

http://www.dw.com/de/israel-will-drei-weitere-u-boote-aus-deutschland-kaufen/a-36112697
https://www.welt.de/politik/ausland/article158941414/Streit-um-deutsch-israelischen-U-Boot-Deal.html
http://www.haaretz.com/israel-news/1.753448

II.)
Die IT-Sicherheit der AG und ihrer Tochterunternehmen entspricht nicht dem notwendige Stand der Technik. Dafür sind sowohl Vorstand als auch der (in dieser Hinsicht unzureichend kontrollierende?) kontrollierende Aufsichtsrat verantwortlich. Die dadurch entstandenen und mutmasslich weiterhin existierenden Risiken für die AG sind immens.

Inwieweit der Anfang Dezember 2016 bekannt gewordene Angriff auf die IT-Systeme tatsächlich so erfolgreich abgewehrt werden konnte, wie das von Vertretern der AG den Pressemedien immer wieder kolportiert wird, dass kann von außen nicht beurteilt werden. Fest steht, dass die Angreifer "einige Datensätze" entwendet bzw. kopiert, wenn nicht sogar manipuliert haben.

Wenn die Angaben aus der Presse stimmen, gibt es in der AG ein "18köpfiges Sicherheitsteam" - für die Größe der AG und der gesamten Konzernstruktur lächerlich wenig.

Die den Aktionären und Aktionärinnen gegenüber notwendige Aufklärungspflicht über den Umfang des o.g. Eindringens von Hackern in die Konzern-IT-Infrastruktur wurde weder seitens des Vorstands noch des Aufsichtsrats Genüge getan. Genau genommen findet sich im aktuellen Geschäftsbericht gar keine konkrete Information darüber.

Die auf den Seiten 116 und 117 des Geschäftsberichts 2015/2016 zu lesenden Verlautbarungen - um sie nicht gleich als Beschwichtigungen bewertend zu bezeichnen - klingen wenig vertrauenserweckend und ähneln oder gleichen sogar den Bekundungen der Geschäftsberichte der vergangenen Jahre.

Ohne eine ehrliche und transparente Aufklärung der Vorfälle im letzten Geschäftsjahr und einem klaren Signal zu Anstrengungen hin zu einem deutlichen IT-Sicherheitskulturwandel kann weder dem Vorstand noch dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt werden.

Belege:

https://www.heise.de/security/meldung/Massiver-Hacker-Angriff-auf-Thyssenkrupp-3565857.html
https://www.heise.de/security/meldung/Bekannte-Hackertruppe-Winnti-steckte-angeblich-hinter-Angriffauf-ThyssenKrupp-3573202.html

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V., Köln, Germany,
has submitted the following countermotions

with regard to agenda item 3, Resolution on the ratification of the acts of the members of the Executive Board
and with regard to agenda item 4, Resolution on the ratification of the acts of the members of the Supervisory Board

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung:
Der Vorstand von Thyssenkrupp (TK) hat es im Geschäftsjahr 2015/16 erneut versäumt, die vom Dachverband seit Jahren angeprangerten Missstände als solche wahrzunehmen und angemessene Gegenmaßnahmen zu ergreifen. TK fährt mit dem Export von Kriegsschiffen und U-Booten in Krisen- und Konfliktgebiete fort, missachtet die Sorgfaltspflichten in der eigenen Zulieferkette und verstößt noch immer gegen Regeln verantwortungsvoller Unternehmensführung, in dem die für die Anwohner des Stahlwerks von Rio de Janeiro negativen Folgen ignoriert werden zugunsten der eigenen Investition.

1.) TK Marine Systems hält an seinem Geschäftsmodell fest, auch in politisch instabile Länder zu exportieren.
Kritik erregten vor allem die anstehende Auslieferung von Fregatten an **Algerien** sowie U-Boot-Geschäfte mit Krisenländern wie der **Türkei** (*Materialpakete für U-Boot-Bau*), **Ägypten** und **Israel.**

Menschenrechtsorganisationen sind besorgt wegen der Unterdrückung der Bevölkerung in **Ägypten**. Aufgrund schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen durch ägyptische Sicherheitskräfte hat z.B. die Europäische Union bereits 2014 einen Lieferstopp für Waffen und Munition nach Ägypten beschlossen. TK hält trotzdem an den U-Boot-Lieferungen an das ägyptische Regime fest. Aktuell stehen 4 U-Boote für Ägypten in den Auftragsbüchern. Die ersten beiden sollen in Kürze ausgeliefert werden. Dies auch ungeachtet der Tatsache, dass sich Ägypten an der von Saudi-Arabien angeführten Koalition beteiligt, die einen brutalen Luftkrieg sowie eine Seeblockade gegen den Jemen (durch-)führt. Nach Angaben der UNO starben seit Beginn der Auseinandersetzungen im Mai 2015 rund 4.000 Zivilisten. Die UNO verurteilte diese Angriffe als "systematische Verletzungen des humanitären Völkerrechts". TK kennt keine Skrupel und liefert trotz Seeblockade und erwiesener Völkerrechtsverletzungen der Golf-Allianz weiter U-Boote an Ägypten.

Für Wirbel sorgt auch ein **Korruptionsverdacht** im Zusammenhang mit dem erneuten **Verkauf von U-Booten an Israel**. Der israelische Generalstaatsanwalt hat unlängst eine polizeiliche Untersuchung des rund 1,5 Milliarden Euro schweren Geschäftes angeordnet. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu steht deswegen seit Wochen in der Kritik. Sein persönlicher Rechtsberater David Shimron vertritt als Anwalt auch den israelischen Geschäftsmann Miki Ganor, der seit einigen Jahren als Vertriebsvermittler der TK-Marine-Sparte tätig ist und bereits im Kontext der Bestellung von Korvetten für Israels Marine bei TKMS einen Millionenbetrag erhalten haben soll. Zudem wurde Shimron unlängst in den Vorstand eines Unternehmens gewählt, welches TK berät. Die weitere Aufrüstung Israels ist auch umstritten, weil die U-Boote nach Experteneinschätzung durch Marschflugkörper mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet werden können. Israel gilt als Atommacht, auch wenn die Regierung den Besitz von Nuklearwaffen nie offiziell zugegeben hat.

2. Nach einem Jahr: Noch immer keine Verantwortung für Lieferketten
Für die von Thyssenkrupp **gekaufte Kokskohl**e von Vale und Rio Tinto in Mosambik wurden **Menschen in Gebiete umgesiedelt, die grundlegende Mängel aufweisen, und sie wurden nicht ausreichend entschädigt.** Obwohl die Missstände von uns bereits vor über einem Jahr an das Unternehmen herangetragen wurden, hat TK immer noch keine Verantwortung übernommen: Das Unternehmen hat weder eine Verbesserung für die Menschen in Mosambik bewirkt, welche Verantwortung ihm aufgrund der UN-Leitprinzipien entlang der gesamten Lieferkette obliegt, noch hat es seinen Lieferantenkodex dahingehend erweitert, die Rechte der vom Bergbau direkt Betroffenen zu schützen. Somit sind im Lieferantenkodex von TK grundlegenden Menschenrechte noch immer nicht enthalten. Das Unternehmen kommt seiner menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflicht nicht nach und entzieht sich seiner Verantwortung. So macht sich TK als Käufer solcher Rohstoffe mitschuldig an den damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen.

3. Stahlwerk in Rio de Janeiro
Über 6 Jahre nach Inbetriebnahme erteilten die lokalen Behörden in Rio de Janeiro dem Stahlwerk TKCSA im September 2016 die Betriebsgenehmigung, obwohl dies nur wenige Tage zuvor den Umweltbehörden gerichtlich verboten wurde, solange nicht alle Prozessfragen und Entschädigungsklagen sowie die anhaltenden Umweltprobleme geklärt seien. Ein anderer Richter setzte sich darüber hinweg, so dass die Behörden eine Betriebsgenehmigung über 5 Jahre erteilen konnten. **Die vom Stahlwerkstaub betroffenen Anwohner sowie die Kleinfischer halten aber an ihren Entschädigungsklagen wegen Gesundheitsgefährdung bzw. Einkommenseinbußen fest**. Während die Anwohner weiter unter dem Stahlwerkstaub des Werks leiden, das bei einigen Anwohnern nur 250 Meter vom Wohnhaus entfernt steht und die CO_2-Emissionen des gesamten Stadtgebiets von Rio de Janeiro um satte 72% erhöht, beabsichtigt TK, sich des Problemwerks und dessen Verantwortung durch Verkauf entledigen zu wollen.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats:

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wird die Entlastung verweigert.

Begründung:
Der Aufsichtsrat der Thyssenkrupp AG hat es versäumt, **den Vorstand davon abzuhalten**, das **Geschäftsmodell, auch in politisch instabile Länder Rüstungsgüter zu exportieren, fortzuführen**. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat es versäumt, **den Vorstand anzuweisen, Einkaufspraktiken einzustellen, die den Prinzipien der sorgfältigen Lieferkettenverantwortung widersprechen. Längst überfällig wäre auch eine grundlegende Übernahme von Verantwortung seitens des Konzerns gegenüber den Anwohnern und Fischern gewesen, die unter dem Thyssenkrupp-Stahlwerk in Rio de Janeiro seit gut einem Jahrzehnt leiden**. Somit **verstößt der Aufsichtsrat gegen UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, gegen die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), gegen den UN Global Compact sowie gegen die eigenen Corporate-Governance-Richtlinien**, da er es versäumt hat, den Vorstand anzuweisen, Prozesse zu etablieren, mit denen der Konzern Abhilfe für die Menschenrechtsverletzungen geleistet hätte, bzw. die benannten Praktiken einzustellen.

Response by head office to the countermotions to the agenda of the Annual General Meeting of thyssenkrupp AG on January 27, 2017

The countermotions are unfounded.

I. With regard to the representations of Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre we point out the following:

1. thyssenkrupp strictly complies with the laws governing exports of naval equipment. When projects are first initiated, preliminary inquiries are made with the Federal Ministry for Economic Affairs. In the review process the Federal Government, the Federal Security Council, and the Foreign Office are also involved. Only if the response to these preliminary inquiries is positive does thyssenkrupp Marine Systems prepare a bid. All export projects in the area of naval equipment are therefore fully embedded in the foreign and security policy deliberations of the Federal Government.

   Following the press articles on naval projects in Israel, thyssenkrupp immediately initiated an investigation with external support. The investigation is at an advanced stage but still ongoing. We are looking into the allegations and will carefully investigate the facts. So far no evidence of corruption has been found. thyssenkrupp is conducting its investigation in parallel with the ongoing inquiry by Israel's Attorney General and is cooperating with the Israeli investigating authorities.

2. thyssenkrupp takes responsibility for its supply chain and has systematically integrated sustainability into its procurement process. Rules for this are set out in the thyssenkrupp Supplier Code of Conduct, under which suppliers are obligated to observe human rights, occupational safety and health, social and ecological standards, and to prevent corruption and antitrust violations. Compliance is monitored by auditing selected suppliers.

   In Mozambique, thyssenkrupp regularly procures coal from only one mine operated by Vale S.A. In the past fiscal year thyssenkrupp had several exchanges with Vale on the living conditions of families resettled ahead of the start-up of the mine. Among other things, Vale reported on measures in the areas of infrastructure, housing, irrigation, agriculture, health and education aimed at improving living and employment conditions. thyssenkrupp representatives visited the site to check that these measures were implemented.

3. Until September 28, 2016 the Brazilian steel mill tkCSA operated under a provisional operating license. After tkCSA had implemented all the measures agreed with the environmental authorities, as confirmed by an external expert, on September 28, 2016 the environmental agency issued a full operating license. A court order prohibiting the issue of the license had previously been lifted by the responsible judge herself.

II. With regard to the representations of Mr. Michael Ebeling we point out the following:

1. All submarines supplied by thyssenkrupp Marine Systems are subject to arms export controls and are discussed in detail with the responsible Federal Government agencies (see also section I.1.). According to our knowledge, it is not possible for technical reasons to launch medium- or long-range nuclear-tipped missiles from submarines supplied by thyssenkrupp Marine Systems. In other respects the boats delivered to Israel have the same firing capabilities as other western submarines. The arming of submarines with weapons is always the customer's own confidential business.

2. Over the past five fiscal years thyssenkrupp has invested a high two-digit million amount in the optimization of IT security; planned expenditure for information security in the future will remain at this high level. In addition, binding rules on information security have been in place throughout the Group since 2010. thyssenkrupp continuously improves its information security processes and carries out training and awareness campaigns to further develop an information security culture. The figures reported in the press relate to the cyber-attack monitoring and forensics specialists based at corporate headquarters; in the Group as a whole there is a three-digit number of employees and service providers responsible for safeguarding the security of our IT infrastructure.

thyssenkrupp AG
The Executive Board